



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Gruppenstr. 4, 30159 Hannover,

Fon: 0162/7729920

Netz: www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de

Mail: fabian.steenken@landesarmutskonferenz-nds.de

Pressemitteilung

Bürgergeldreform: Milliarden versprochen, nichts gespart und die Ärmsten zahlen den Preis

Hannover, 30.10.2026

Die ersten Haushaltszahlen zur neuen Grundsicherung entlarven die Sparversprechen der Bundesregierung als politische Luftnummer. Während Bundeskanzler Friedrich Merz Einsparungen in zweistelliger Milliardenhöhe angekündigt hatte, liegen die tatsächlichen Ausgaben bislang auf Vorjahresniveau. Die Landesarmutskonferenz Niedersachsen (LAK) kritisiert eine Sozialpolitik, die Menschen in Armut unter Generalverdacht stellt und die Existenznot verschärft.

Im Dezember 2024 versprach Bundeskanzler Friedrich Merz, durch eine grundlegende Reform des Bürgergeldes zweistellige Milliardenbeträge einzusparen. Die Realität sieht anders aus: Eine Auswertung der Haushaltsdaten für Juli bis September 2026 durch die Süddeutsche Zeitung zeigt, dass die Ausgaben für die neue Grundsicherung bislang ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres liegen. Bereits der Gesetzentwurf hatte lediglich Einsparungen von 86 Millionen Euro für 2026 und 69 Millionen Euro für 2027 vorgesehen.

„Die Bundesregierung hat monatelang den Eindruck erweckt, Menschen im Bürgergeld seien ein milliardenschweres Sparpotenzial. Jetzt zeigt sich, dass diese Erzählung mit der Realität nichts zu tun hat. Was bleibt, ist eine politische Kampagne gegen Menschen, die ohnehin kaum genug zum Leben haben“, kritisiert Fabian Steenken Landesarmutskonferenz Niedersachsen.

Besonders problematisch ist aus Sicht der LAK, dass die Debatte über die Grundsicherung systematisch an den tatsächlichen Lebensrealitäten der Betroffenen vorbeigeführt wird. Ein erheblicher Teil der Leistungsberechtigten sind Kinder und Jugendliche. Viele erwerbsfähige Leistungsberechtigte arbeiten bereits, pflegen Angehörige, befinden sich in Ausbildung oder können aus gesundheitlichen Gründen vorübergehend keiner Erwerbsarbeit nachgehen. Dennoch wird öffentlich immer wieder das Bild einer vermeintlich arbeitsunwilligen Bevölkerung gezeichnet.

„Armut entsteht nicht durch zu großzügige Sozialleistungen. Sie entsteht durch niedrige Löhne, hohe Mieten, ungleiche Vermögensverteilung, hohe Lebenshaltungskosten und fehlende soziale Absicherung. Wer Armut bekämpfen will, muss diese Ursachen angehen, statt den Druck auf die Betroffenen immer weiter zu erhöhen.“ Betont Laura Syska, Sprecherin der Landesarmutskonferenz Niedersachsen

Mit besonderer Sorge betrachtet die Landesarmutskonferenz Niedersachsen die angekündigte zweite Reformstufe. Insbesondere die geplante Pauschalierung der Kosten der Unterkunft droht die ohnehin angespannte finanzielle Situation vieler Menschen in der Grundsicherung weiter zu verschärfen. Schon heute müssen zahlreiche Bürgergeldbeziehende einen Teil ihrer Miete aus dem ohnehin knapp bemessenen Regelsatz bezahlen, weil die tatsächlichen Wohnkosten vom Jobcenter nicht vollständig übernommen werden. Dieses Geld fehlt dann für Lebensmittel, Kleidung und andere grundlegende Bedürfnisse. Angesichts steigender Mieten, steigender Energie- und Nebenkosten sowie des Mangels an bezahlbarem Wohnraum, würde eine weitere Begrenzung der Unterkunftskosten diese Situation zusätzlich verschärfen und an der Wohnungsmarktrealität vorbei agieren. Wer bereits heute bei der Miete draufzahlen muss, dem droht künftig noch weniger Geld zum Leben zu bleiben. Die Folgen könnten zunehmende finanzielle Notlagen, Mietschulden und im schlimmsten Fall Wohnungslosigkeit sein. Nicht nur der finanzielle Druck steigt,

auch der psychische Druck auf die Betroffenen mit den vielfältigen Krisen und Existenzängsten zu leben, steigt erheblich.

Die LAK fordert einen grundlegenden Kurswechsel in der Sozialpolitik. Statt bei der Existenzsicherung zu kürzen, braucht es Investitionen in soziale Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum, Qualifizierung und öffentlich geförderte Beschäftigung. Gleichzeitig müssen hohe Vermögen und große Erbschaften stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden.

Die Landesarmutskonferenz Niedersachsen fordert daher:

- **Existenzsichernde Regelsätze:** Die Leistungen der Grundsicherung müssen sich am tatsächlichen Bedarf der Menschen orientieren und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.
- **Vollständige Übernahme angemessener Wohnkosten:** Keine weiteren Pauschalierungen oder Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft. Die tatsächliche Situation auf den regionalen Wohnungsmärkten muss berücksichtigt werden.
- **Abschaffung von Sanktionen:** Das menschenwürdige Existenzminimum muss jederzeit gewährleistet bleiben. Statt Druck und Bestrafung braucht es individuelle Unterstützung.
- **Mehr bezahlbaren und sozialen Wohnraum:** Bund, Länder und Kommunen müssen den sozialen Wohnungsbau massiv ausbauen und dauerhaft bezahlbare Wohnungen sichern.
- **Investitionen statt Sozialkürzungen:** Ausbau sozialer Infrastruktur, bessere Qualifizierungsangebote und öffentlich geförderte Beschäftigung, insbesondere für langzeitarbeitslose Menschen.
- **Eine gerechte Finanzierung des Sozialstaats:** Große Vermögen und hohe Erbschaften müssen durch eine wirksame Vermögensteuer und eine gerechtere Erbschaftsteuer stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Infos:

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Fabian Steenken – LAK-Geschäftsführer

Kontakt: 0162/ 7729920